

An der Gesetzgebung des Bundes sind die Länder über den Bundesrat beteiligt. Er hat dabei in erster Linie die Aufgabe, ihre bundesstaatlichen Interessen zu wahren. Deshalb wird er auch als die Länderkammer des Parlaments bezeichnet. Als Ausdruck dieser besonderen Aufgabenstellung werden die 64 Mitglieder des Bundesrates nicht wie die Nationalräte vom Volk gewählt, sondern von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode entsandt.



Das Parlament in Wien, Sitz des Bundesrates.

Österreichs Länderkammer:

Der Bundesrat

Als Vertreter des XXVII. Landtages wurden entsprechend dem Stärkeverhältnis der Landtagsfraktionen Jürgen Weiss (ÖVP), Christoph Hagen (FPÖ) und Ilse Giesinger (ÖVP) gewählt. Ihre Ersatzmitglieder sind Lukas Feurstein (ÖVP), Horst Fritz (FPÖ) und Gerhard Martin (ÖVP).

Einflussreiche Positionen

Im Bundesrat nehmen die Vorarlberger einflussreiche Positionen ein. Jürgen Weiss wurde mehrmals zum Präsidenten als auch zum Vizepräsidenten gewählt und Ilse Giesinger ist als Schriftführerin des Bundesrates Mitglied des Präsidiums. 1984 erfuhr der Bundesrat eine wesentliche Stärkung dadurch, dass seither Verfassungsänderungen zu Lasten der Länder nur mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit seiner

Mitglieder in Kraft treten können. Dadurch kann einer weiteren Zentralisierung in Österreich wirksam entgegengetreten und die Verhandlungsposition der Länder maßgeblich gestärkt werden.

Vom Vorarlberger Landtag ausdrücklich unterstützt wird die noch unerledigte Forderung, dass die Länder im Bundesrat alle in gleicher Stärke vertreten sein sollen (derzeit entsenden Vorarlberg drei und Niederösterreich 12 Bundesräte) und dass der Bundesrat auch in jenen Angelegenheiten ein Zustimmungsrecht erhalten soll, von denen die finanziellen Interessen der Länder betroffen sind.

Mehr Länderrechte

In Österreich sind die Zuständigkeiten der Länder zur Erlassung und Vollzie-

hung von Gesetzen schwächer ausgeprägt als in anderen Bundesstaaten. Daher ist es zunächst ein wichtiges Anliegen des Landtags, gemeinsam mit dem Bundesrat die vorhandenen Länderrechte zu verteidigen. Das gilt auch für die Europäische Union, wo sich sowohl die Landtage als auch der Bundesrat Mitspracherechte gesichert haben.

Darüber hinaus ist Vorarlberg mit zahlreichen Vorstößen auf Bundesebene immer wieder bemüht, durch die Forderung nach Stärkung der Landtage und Dezentralisation mehr Sparsamkeit und Länderrechte zu erreichen. Besonders für die Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren stellt sich die den Ländern zugesagte Bundesstaatsreform als immer dringender heraus.

Bundesratsvizepräsident Jürgen Weiss (ÖVP)	Bundesrat Christoph Hagen (FPÖ)	Bundesrätin Ilse Giesinger (ÖVP)
		
Froschauerstraße 4 A-6900 Bregenz	St. Martinsweg 7 A-6912 Hörbranz	Dorf 22 A-6842 Koblach
– Telefon (Privat) 05574/78943 – Telefon (Büro) 05574/511-20115	– Telefon (Privat) 05573/83780	– Telefon (Privat) 05523/58430 oder 05523/62133 – Telefax 05523/62133-19
1017 Wien, Parlament	1017 Wien, Parlament	1017 Wien, Parlament
– Telefon (01) 40110-2209 – E-Mail jweiss@vol.at	– Telefon (01) 40110-5489 – E-Mail christoph.hagen@vol.at	– Telefon (01) 40110-4414 – E-Mail ilse.giesinger@vol.at